

## **Die USA stehen unmittelbar vor einem Staatsbankrott**

*Zusammenfassung der US-Berichterstattung für die Woche vom 23. bis zum 27. September*

*2013*

(ks) Die wichtigsten Ereignisse in der amerikanischen Presse Ereignisse waren diese Woche der unmittelbar bevorstehende Staatsbankrott der USA und eine mehrtägige Konferenz der Vereinten Nationen, während welcher ein weltweites Waffenhandelsabkommen sowie eine Resolution im Hinblick auf die syrischen Chemiewaffen durch zahlreiche Mitgliedsstaaten ratifiziert wurden. Außenpolitisch war die Wiederwahl Angela Merkels von Bedeutung.

Die USA stehen aufgrund der Weigerung der Republikaner die Schuldengrenze anzuheben unmittelbar vor einem Finanzkollaps. Die *Los Angeles Times* bezichtigt den Kongress und die Republikaner der Untätigkeit und erklärt: „Viel Theater, wenig Handlung!“ Der Kongress gehe schwerwiegende Probleme immer erst in der allerletzten Stunde an. Die Republikaner spielen ihrer Meinung nach mit dem Feuer, indem sie Präsident Obama erpressen auf seine Gesundheitsreform Obamacare zu verzichten, um ihm im Gegenzug ihre Zustimmung für die Anhebung der Schuldengrenze zu geben. *Slate* erwartet infolge des drohenden Staatsbankrotts neben einer finanziellen auch eine juristische Krise, zumal die von der Verfassung zugelassene Schuldenobergrenze erreicht sei. Die Erwartung eines völligen finanziellen Zusammenbruchs sei dagegen übertrieben. Sollte der Finanzkollaps eintreten, würden gemäß der *Washington Post* 800.000 als entbehrlich eingestufte Beschäftigte des öffentlichen Sektors zwangsbeurlaubt. Sie befürchtet aber, dass es dieses Mal nicht möglich sein werde, deren Gehälter nachträglich auszuzahlen, zumal es diesbezüglich keine gesetzliche Regelung gebe und möglicherweise mit Widerstand zahlreicher Kongressabgeordneter zu rechnen sei.

Die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, die USA, Russland, China, Großbritannien und Frankreich, einigten sich am Donnerstag auf eine

Resolution, wonach Syrien seinen gesamten Bestand an Chemiewaffen vernichten soll. *Die New York Times* bezeichnet die Resolution als „Meilenstein nach Jahren der Trägheit“ und spricht von einem „diplomatischen Durchbruch.“ Der Sicherheitsrat habe zuvor jahrelang unfruchtbare Beschlüsse zur Lage in Syrien gefasst. Einerseits begrüße der Westen die Resolution. Andererseits hänge jedoch Vieles davon ab, inwiefern sie sich in einem Land, das in einen blutigen Bürgerkrieg verstrickt sei, umsetzen lasse. *Die Huffington Post* hält die UN-Resolution für einen „großen Schritt zur Entfernung der umstrittensten Waffe von den Schlachtfeldern des derzeit tödlichsten Konflikts der Welt.“ Jahrelang sei der Sicherheitsrat aufgrund von Differenzen zwischen seinen Mitgliedern „paralysiert“ gewesen. *Die Huffington Post* bemängelt, ebenso wie die *New York Times*, dass die Resolution Beschränkungen unterworfen sei, weil sie bei einem Verstoß Assads einen unmittelbaren Militärschlag des Westens nicht automatisch autorisiere, sondern Klauseln enthalte, die eine weitere Resolution nach sich zögen. Neben der Syrien-Resolution wurde im Rahmen dieser Konferenz am Mittwoch ein internationales Waffenhandelsabkommen von zahlreichen Mitgliedsstaaten, darunter den USA, ratifiziert. Ziel des Abkommens ist es, den Zustrom von Waffen in Krisenherde sowie in Länder, in denen Menschenrechtsverletzungen begangen werden, einzudämmen. *Die Washington Post* vermutet, dass die Durchsetzung des Abkommens schwierig sein werde. *Die New York Times* deutet indirekt auch Zweifel an der Einhaltung des Abkommens an, indem sie schreibt, dass es lediglich von weniger als der Hälfte der Mitgliedsstaaten „offiziell“ ratifiziert wurde. Auch wenn das Abkommen keine Durchsetzungskraft habe, so könne es zumindest mittels Offenlegungsklauseln Schande über jene bringen, die dagegen verstoßen. *Die Los Angeles Times* weist auf potentiellen Widerstand durch den amerikanischen Senat sowie durch die Waffenlobby, als deren wichtigster Vertreter die National Rifle Association gilt, hin.

*Die Washington Post* vergleicht Angela Merkels „historischen Sieg“ bei der Bundestagswahl mit einem Erdbeben. Aufgrund der wirtschaftlich führenden Stellung Deutschlands innerhalb der Europäischen Union habe die ganze Welt auf das Wahlergebnis geschaut, und dieses reflektiere enormen Zuspruch für Merkels Management der langjährigen Wirtschaftskrise in Europa, welche in Deutschland kaum zu spüren gewesen sei. Merkels Rivale Peer Steinbrück von der SPD dagegen habe Wähler nicht erreichen können. *Die New York Times* bescheinigt Merkel einen „umwerfenden persönlichen Triumph“ und bemerkt spöttisch, sie habe mit Hilfe einer Mischung aus Sparpolitik und Solidarität gegenüber gebeutelten europäischen Ländern starke Resonanz durch die Wähler erfahren. *Die Los*

*Angeles Times* erklärt, Merkel habe über eine starke Wirtschaft mit einer niedrigen Arbeitslosenquote geherrscht und prahle damit, dass sie in Deutschland trotz der Unruhen auf dem europäischen Kontinent Stabilität gewährleiste. Der *USA Today* zufolge zementiert Merkels Wahlsieg ihre Stellung als Europas mächtigste Staatschefin. Eine grundlegende Veränderung ihrer rigiden Europapolitik hinsichtlich der Rezession sei von ihr, ungeachtet aller potentiellen Koalitionspartner, dennoch nicht zu erwarten. Sie habe einen harten Kurs verfolgt, indem sie von krisengeschüttelten Ländern wie Griechenland, Spanien und Portugal Sparmaßnahmen und Reformen als Bedingung für die Gewährung von Rettungspaketen gefordert habe. Europa habe im Wahlkampf Merkels eine nur begrenzte Rolle gespielt.

#### QUELLEN:

www.huffingtonpost.com

www.latimes.com

www.nytimes.com

www.slate.com

www.usatoday.com

[www.washingtonpost.com](http://www.washingtonpost.com)